
1374/J XXVI. GP

Eingelangt am 06.07.2018

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen
an die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres**

betreffend die Universitäts-Kurse für geflüchtete Lehrer_innen

Seit dem Vorjahr werden in Wien geflüchtete Lehrerinnen und Lehrer, welche einen aufrechten Asylstatus haben, durch einen speziellen Lehrgang darauf vorbereitet in Wiener Schulen zu unterrichten. Durchgeführt wird dieser im Rahmen des Stadt-Wien-Projektes „CORE – Integration im Zentrum“. Voraussetzung für das Unterrichten in Wien ist neben dem aufrechten Asylstatus ein abgeschlossenes Studium sowie Lehrpraxis und die Beherrschung der deutschen Sprache auf B2-Niveau. Teil der Ausbildung ist zudem ein Sprachkurs, damit die TeilnehmerInnen das C1-Niveau erreichen. Laut Stadtschulrat können durch dieses Projekt zwei konkrete Ziele erreicht werden. Zum einen wird Flüchtlingen eine berufliche Perspektive gegeben und somit die Integration erleichtert, andererseits wird der drohende Lehrermangel aufgrund von Pensionierungen abgedeckt. Nach Erreichen des C1-Niveaus können die AbsolventInnen als LehrerInnen an Schulen angestellt werden. TeilnehmerInnen des Kurses mit einem nicht erbrachten C1-Nachweis können auch beschäftigt werden, etwa durch den Einsatz in der Nachmittagsbetreuung.

CORE hat ein Gesamtbudget von 6 Millionen Euro. Die Kosten werden zu 80% von der EU-Regionalförderung (ERDF) übernommen, 20% werden durch die Projektpartner MA17, Fonds Soziales Wien, waff, Wirtschaftsagentur und Stadtschulrat finanziert.

Laut ORF-Bericht vom 26.2.2018 sind die Kurse für geflüchtete Lehrer_innen aber eine Kooperation zwischen dem Wiener Stadtschulrat, der Universität Wien und dem Außenministerium (<http://wien.orf.at/news/stories/2897726/>). Das Außenministerium unterstützte die Initiative laut Medienberichten mit ca. 70.000 EUR, will dies aber trotz der erfolgreichen Absolventen-Zahl und dem starken Lehrer_innen-Bedarf in Wien nach Lehrpersonal mit den Kenntnissen in Arabisch und Deutsch, nicht länger unterstützen. Entgegen den Hoffnungen der Lehrgangsleitung hat sich noch kein Förderer der ursprünglich vom Außenministerium getragenen Initiative gefunden, der die rund 70.000 Euro für die nächste Runde des Zertifikatskurses übernimmt. Der nächste Lehrgang hätte eigentlich im Herbst starten sollen. Mangels Weiterfinanzierung hoffen alle Projektbeteiligten, dass die Fortsetzung des Lehrgangs im Frühjahr 2019 ermöglicht werden kann.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Nun steht dieser europaweit einzigartige Kurs kurz davor nicht mehr weitergeführt zu werden, wie in Medienberichten nachzulesen ist (<http://wien.orf.at/news/stories/2921947/>). „Wir haben mit viel Aufwand dieses Rad erfunden“ und nun könnte man es „mit relativ wenig Aufwand weiter drehen“ sagte Gottfried Biewer vom Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien im Gespräch mit der APA. Dennoch scheint es von Seitens des Ministeriums keine weitere Finanzierung zu geben.

Aufgrund der aktuellen Information, liegt es im Interesse aller, herauszufinden was die Pläne rund um diesen Lehrgang sind und ob dieser künftig weitergeführt wird.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Ist geplant, die Finanzierung der Kurse für geflüchtete Lehrer_innen an der Universität Wien durch das Bundesministerium fortzuführen?
 - a. Wenn ja, wann?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
2. Gab es eine Evaluierung des Lehrgangs?
 - a. Wenn ja, was war das Ergebnis dieser Evaluierung?
 - b. Wenn nein, ist eine Evaluierung geplant?
 - c. Wenn nein, wann ist eine solche Evaluierung geplant?
 - d. Wenn nein, nach welchen Gesichtspunkten wird eine solche Evaluierung gestaltet?
3. Wie hoch ist die derzeitige Finanzierung des Projektes „CORE – Integration im Zentrum“ durch das Bundesministerium?
4. Welche konkreten Pläne der Bundesministerin gibt es für die Zukunft des Lehrgangs?
5. Welche Pläne gibt es seitens der Bundesministerin diesen auf andere Bundesländer auszuweiten?